

COMMUNIQUE

Transitverkehrsmisere auf der A2: Warnungen in den Wind geschlagen

Management by Stau ist unhaltbar

Die aktuelle Situation auf der A2 ist unhaltbar. Massnahmen sind dringend notwendig. Das bundesrätliche „Management by Stau“ muss umgehend ersetzt werden. Der Schweizerische Strassenverkehrsverband FRS hat bereits vor Jahren die Lockerung des Nachtfahrverbots gefordert. Gleichzeitig hat der FRS unmissverständlich den Ausbau der neuralgischen Stellen verlangt. Der Bundesrat wurde eindringlich vor den sich momentan abspielenden Szenarien gewarnt. Die Warnungen wurden jedoch in den Wind geschlagen. Dies muss als bewusste politische Strategie zur Schwächung des Verkehrsträgers Strasse gewertet werden.

Bei der gegenwärtigen Misere auf der Autobahn A2 – Lastwagen werden über Tage in Stauräumen auf der Gotthardachse und auf der A2 selber zurückgehalten – wird die Versorgung vorab der Kantone Uri und Tessin massiv gestört. Leidtragende dabei sind in erster Linie das dort ansässige Gewerbe und die Bevölkerung. Vordergründig führt der Bund die Ursache auf die Zollabfertigung in Chiasso oder Feiertage in Italien zurück. Tatsache ist, dass durch die Öffnung der Grenzen für Lastwagen mit einem Gesamtgewicht von über 28 Tonnen die Transitrouten durch die Schweiz gegenüber jenen in Österreich und Frankreich – trotz helvetischer LSVA – attraktiver geworden sind und entsprechend auch genutzt werden. Es findet eine Rückverlagerung des vormaligen Umfahrvverkehrs in die Schweiz statt.

Dieser absehbaren Frequenzzunahme ist die inländische Infrastruktur kapazitätsmässig nicht gewachsen. Das Nadelöhr mag zur Zeit bei der Zollabfertigung liegen. Falls dies behoben werden kann – was sehr zu wünschen ist –, sind die nächsten Engpässe in den Verkehrsräumen der Agglomerationen Basel und Luzern, auf der Strecke Egerkingen–Rothrist sowie letztlich am Belchen- und am Gotthardtunnel (inkl. Zufahrtsrampen) vorprogrammiert. Diese Problematik ist im Vorfeld der Abstimmungen über die LSVA- und FinöV-Vorlage sowie über die Vorlage betreffend das Landverkehrsabkommen Schweiz–EU von den Verbänden des privaten Strassenverkehrs erkannt und klar kommuniziert worden. Diesbezügliche Warnungen wurden von Bundesrat und Parlament in den Wind geschlagen – unter dem Vorwand, die schweizerische Verkehrspolitik zur Verlagerung des Strassengüterverkehrs auf die Schiene dürfe nicht boykottiert werden.

Jüngstes Zeichen der notorisch zu kurz greifenden Strategie des Bundesrats ist dessen Beschluss, der „Avanti“-Initiative mit einem Gegenvorschlag zu begegnen. Dieser Gegenentwurf will ausgerechnet die Problematik der lebenswichtigen Nord-Süd-Transitachse aus dem zukunftsweisenden Initiativprojekt herausbrechen. Nach Auffassung des Strassenverkehrsverbands FRS ist diese Strategie unhaltbar und zum Scheitern verurteilt. Sie kann und wird auch nicht mit der Bereitstellung von mehr Schienenkapazitäten ab den Jahren 2007/2014 (Neat) zum Erfolg führen.

Bern, den 27. April 2001